

OBST UND GEMÜSE KONGRESS 2014

19.09.2014 14:59 Uhr

„Wenn die Kanonen donnern, krachen die Preise“

von Lisa Hegemann und Stefan Kaufmann

Auf die EU-Sanktionen antwortet Russland mit eigenen Strafmaßnahmen. So gilt ein Einfuhrstopp für Obst und Gemüse. Während die einen Händler Hilfe von der Politik fordern, fürchten andere langfristig Nachteile.



Moskau verschmäht europäische Äpfel. Das merken auch die deutschen Händler.
Quelle: dpa

Düsseldorf. Alexander Krings liefert selbst nicht nach Russland, doch den russischen Importstopp merkt er trotzdem. Der Geschäftsführer von Krings Früchte Logistik (KFL), einem Familienbetrieb aus Rheinbach, glaubt zwar nicht, dass sein Unternehmen Absatzprobleme bekommen wird. Doch: „Es geht nicht darum, etwas zu verkaufen, sondern zu welchem Preis“, sagt der Diplom-Kaufmann gegenüber Handelsblatt Online. Damit spricht er aus, worüber die ganze Branche diskutiert: die Folgen des Russland-Embargos.

Auf dem Deutschen Obst und Gemüse Kongress (DOG) in Düsseldorf ist der russische Importstopp eines der dominierenden Themen. Sowohl die Verbände als auch die Händler und Produzenten fürchten, dass die Krise zwischen Moskau und der Ukraine langfristig Auswirkungen auf ihr Geschäft haben könnte – obwohl der russische Markt gar kein großer Abnehmer der deutschen Produkte ist. Lösungsideen reichen von dem Ruf nach der Politik über ausharren bis hin zu einer stärkeren europäischen Verbundenheit.

Seit Ende Juli dürfen die europäischen Obst- und Gemüsehändler keine Waren mehr nach Russland liefern. Besonders hart trifft das die Apfelbranche. Moskau importiert jährlich etwa 1,2 Millionen Tonnen Äpfel, ein Großteil davon kommt aus der Europäischen Union (EU). Aus Deutschland kamen davon nach Schätzungen etwa 25.000 bis 30.000 Tonnen. Das ist angesichts einer produzierten Menge von etwa in Deutschland nicht viel. Die Probleme ergeben sich durch die Exportmengen anderer Länder.

Wen die Russland-Sanktionen treffen

Alles anzeigen

Ukraine

Das politisch wie wirtschaftlich größte Problem bei Russland-Sanktionen ist, dass auch die Ukraine unter den Folgen leiden wird. In einer Umfragen des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft nannten im Juni 21 Prozent der befragten Unternehmen die Ukraine als das Land, das nach Russland (37 Prozent) und Deutschland (33 Prozent) am stärksten unter Sanktionen zu leiden haben wird. Der Grund ist zum einen die enge wirtschaftliche Verflechtung der ehemaligen Sowjetrepublik mit Russland, die jeden Konjunkturerinbruch dort auch für das Nachbarland zum Problem macht. Zum anderen bestraft Russland den Westkurs der Ukraine wie auch den Moldawiens mit Gegensanktionen wie einem Embargo gegen Milch und Fleisch. Bei einer Eskalation könnte auch der Gashahn zugekehrt werden.

Balkan

EU-Mitglieder Bulgarien und Zypern

Zentralasien

Afghanistan

China

Das beste Beispiel: Polen. Das deutsche Nachbarland hat 2013 laut DFVH rund 970.000 Tonnen an Äpfeln nach Russland geliefert. Nun muss diese Ernte auf anderen Märkten verkauft werden. Und das drückt die Preise in der Branche, die wegen der Rekordernte in Europa ohnehin schon unter Druck standen.

„Die Auswirkungen sind indirekt“, sagt Hans-Christoph Behr, Bereichsleiter der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft (AMI). Zwar seien die Exporte aus Deutschland schon im Vorjahr deutlich zurückgegangen, doch die Konkurrenz durch die Ernten aus Polen, Spanien oder den Niederlanden merke man trotzdem.

KFL-Geschäftsführer Krings nennt ein konkretes Beispiel für das Problem: So kosten 18 Kilogramm Äpfel im Normalfall über 20 Euro, manche spezielle Sorten sogar bis zu 28 Euro. Doch weil das Angebot durch das Russland-Embargo und die gute Ernte so stark gestiegen ist, verkauft ein Discounter diese 18 Kilogramm nun für drei Euro. „Ausländische Produzenten kommen mit Ramschpreisen auf den Markt“, sagt er. Gerhard Dichgans, der Direktor des Verbands der Südtiroler Obstgenossenschaften (VOG), formuliert es so: „Wenn die Kanonen donnern, dann krachen die Preise.“

„In China stehen die Äpfel nicht in der Ecke“

UKRAINE-KONFLIKT

Weniger Taschen für Russen



alle Bilder

Die Russland-Krise belastet Unternehmen europaweit - auch jene, die nicht direkt von den Sanktionen betroffen sind. Der Bundesverband der Schuh- und Lederwarenindustrie meldet einen Exportrückgang für Russland und die Ukraine um rund 31 Prozent. Zum einen belasten die starke Abwertung der Landeswährung und scharfe Devisenvorschriften. Zum anderen fehlt die ansonsten kauffreudige Kundschaft aus Russland.

Bild: ap

Nun muss sich die Branche Gedanken darüber machen, wie sie mit dem Embargo umgeht. Die EU hatte schon Anfang August ein Hilfspaket für die Branche angekündigt. Umfang: 125 Millionen Euro. Doch das Geld ist bisher nicht ausgezahlt worden. Der Grund: Die Anträge, die bei der Kommission bis zum 8. September eingegangen seien, hätten das zur Verfügung stehende Geld bereits überschritten, sagte eine EU-Sprecherin auf Anfrage von Handelsblatt Online. Die Beiträge hätten „teilweise unverhältnismäßig hoch“ gelegen.

Christian Weseloh von der Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse (BVEO) erklärt in seinem Vortrag auf dem Kongress, warum: Seinen Zahlen nach beantragten allein die Polen eine Summe von 146 Millionen Euro. Belgien mit 8,5 Millionen Euro und Rumänien mit 4,8 Millionen Euro stellten damit nahezu moderate Forderungen. Nun will die EU die Zahlen zunächst prüfen und verifizieren. „Sie werden nach Prüfung wahrscheinlich niedriger sein“, heißt es dazu von der EU. In den kommenden Tagen will die EU deshalb ein „neues, zielgerichteteres Hilfsprogramm“ vorschlagen. Erzeuger aus Deutschland hatten nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums übrigens keine Anträge für das erste Hilfspaket gestellt.

Trotzdem wettert Weseloh gegen die Bundesregierung: Es habe die EU-Maßnahmen nicht eins zu eins umgesetzt, da zum Beispiel eine Marktrücknahme – sprich die Vernichtung von Lebensmitteln – in Deutschland nicht erlaubt worden sei. Stattdessen hätten die Händler im Zuge des Programms „Zu gut für die Tonne“ ihr überschüssiges Obst an soziale Einrichtungen geben müssen. Als Verband habe man nun angefragt, ob sich die Förderlandschaft möglicherweise ändere. Kurzfristig sei aber nichts in der Pipeline.

Was sind die Sanktionen des Westens gegen Russland

Alles anzeigen

Banken

Die EU erschwert den Zugang zu den EU-Finanzmärkten für russische Banken. Gilt für alle Banken mit einem staatlichen Anteil von mindestens 50 Prozent. Sie können auf den EU-Kapitalmärkten keine neuen Wertpapiere oder Aktien von russischen Unternehmen mehr verkaufen.

In den USA fallen drei weitere Banken im russischen Staatsbesitz unter die Strafmaßnahmen, damit sind es nun fünf von sechs: Die Bank von Moskau, die Russische Landwirtschaftsbank und die VTB Bank kamen hinzu. Ihnen wird der Zugang zu mittel- und langfristiger Dollarfinanzierung für Russland erschwert. Sie dürfen aber weiter in den USA operieren.

Waffen

Technologie

Energie

Viele Händler fürchten, dass das Russland-Embargo nicht nur kurzfristige Auswirkungen hat. „Bei den Lieferbeziehungen wird sich das Rad nicht zurückdrehen“, sagt DFVH-Geschäftsführer Andreas Brügger. Stattdessen müsse man sich nach anderen Märkten umsehen – möglicherweise auch mit Hilfe der Politik. Vielen Produzenten spricht er damit aus der Seele.

Doch nicht alle sehen die Zukunft so negativ. Karl Voges, Vorstand der Landgard-Genossenschaft, glaubt nicht, dass die Handelsbeziehungen zwischen Russland und der EU auf ewig gekappt sein werden. Die „langjährigen Verbindungen“ zwischen den Einkäufern und den Händlern würden dazu beitragen, dass die Handelsbeziehungen nach Ende des Embargos wieder aufgenommen werden könnten, meint Voges. Und gibt zu Bedenken: Auch die neue Konkurrenz aus China oder Lateinamerika könne nicht plötzlich ihre Strukturen ändern. „In China stehen die Äpfel nicht einfach in der Ecke und können sofort ausgeliefert werden“, sagt Voges.

Doch damit Europa künftig gegen Importstopps gefeit sei, sieht er einen Punkt als viel wichtiger an: den Zusammenhalt in der EU. Statt auf den Slogan „Deutsche essen deutsche Äpfel“ zu setzen, müsse die Branche eine Lösung für den europäischen Gesamtmarkt finden. Leicht modifiziert wäre der Spruch dann doch noch zu gebrauchen: „Europäer essen europäische Äpfel.“

[@frauhegemann folgen](#)
[@stekauf folgen](#)

© 2014 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: **Content Sales Center** | [Sitemap](#) | [Archiv](#)

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: **vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG** | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.